

Koalitionsvertrag¹

Vereinbarungen zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2014 bis 2019

Die SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg haben im aktuellen Koalitionsvertrag neue Vereinbarungen zur Zusammenarbeit für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2014 bis 2019 getroffen. Die Bedeutungen, Aufträge, Rahmenbedingungen und Perspektiven für die Jugendhilfe sollen im Folgenden kurz zusammengefasst werden:

Die Vereinbarung sieht vor, den Bürgerinnen und Bürgern, vorallem aber den Kindern und Enkeln ein zukunftsfestes und wirtschaftlich stabiles Brandenburg zu hinterlassen. Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe werden folgende politische Prioritäten gesetzt:

Gute Bildung von Anfang an

- Nachhaltige Steigerung der Qualität in Bildungseinrichtungen durch tausende neue Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher (Verbesserung des

Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten)

- Leistungsorientierung bei gleichzeitiger Chancengleichheit und frühe und intensive individuelle Förderung
- Förderung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten zur Erleichterung des Übergangs
- Zusätzliche Stellen für SchulsozialarbeiterInnen im Rahmen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und Einsatz für bessere Finanzierung auf Bundesebene
- Frühzeitige Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und von Flüchtlingskindern in das Brandenburger Bildungssystem

Jugend

- Fortführung der Jugend- und Jugendsozialarbeit mindestens in jetziger Höhe und enge Verzahnung mit Angeboten von Schulentwicklungs-

und Jugendhilfeplanung sowie regionalisierter Arbeitsmarktpolitik

- Sachgerechte und armutsfeste Grundsicherung für Kinder
- Einsatz auf Bundesebene für Aufnahme der Rechte von Kindern auf Schutz, Förderung und Beteiligung im Grundgesetz

Arbeit

- Abbau des Fachkräftemangels sowie Verbesserung von Aus- und Fortbildung von ArbeitnehmerInnen
- Ausbau und Förderung von vorhandenen Initiativen zum Berufseinstieg für junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne abgeschlossene Berufs- oder Schulbildung

Frauen, Familie und Soziales

- Unterstützung und Entlastung von Familien durch Weiterentwicklung des familienpolitischen Maßnahmenpakts der Landesregierung
- Ausbau und Erhöhung der

Landesmittel für die Brandenburger Netzwerke Gesunde Kinder

- Ausbau bestehender Präventionsketten unter der Zielsetzung einer verbesserten Bildungs- und Versorgungsarbeit für Kinder und Familien von der Geburt bis zum Eintritt ins Berufsleben
- Einsatz auf Bundesebene für ein ausfinanziertes Bundesgesetz für Gesundheitsvorsorge und Prävention
- Stärkung der Kooperation von Zufluchts- und Beratungsangeboten für von Gewalt betroffenen Frauen mit der Kinder- und Jugendhilfe
- angemessene Unterstützung der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung
- Stärkung der Arbeit der Selbsthilfegruppen und -verbände
- Unterstützung der Initiative auf Bundesebene zur Reform der Eingliederungshilfe und Entwicklung moderner Teilhaberechts

Gesundheit

- Sicherstellung einer hochwertigen gesundheitlichen Versorgung in allen Regionen durch Fortsetzung bewährter Ansätze und unter besonderer Bedeutung des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Kommunales und Sicherheit

- Umfassende Verwaltungsstrukturreform (Servicesstellen, mobile Angebote, elektronische Dienste)
- Kreisgebietsreform und Einkreisung von kreisfreien Städten (10 Kreisverwaltungen)

Infrastruktur, Raumordnung, Stadtentwicklung und Wohnen

- Unterstützung von sozialen Strukturen und Zusammenhalt im ländlichen Raum durch Unterstützung von Aktivitäten der freiwilligen Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Landjugend, Sport- und Heimatvereinen

Leitungsfähiger öffentlicher Dienst

- Gewährleistung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes durch eine bürgernahe zuverlässige Verwaltung und qualitativ hochwertige Dienstleistung unter Berücksichtigung demografischer Entwicklungen, Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen sowie zunehmender Belastung des Landeshaushaltes durch nichtbeeinflussbare Aufgabenblöcke.

Ehrenamtliches Engagement

- Unterstützung des Ehrenamts und der Infra-

struktur der Freiwilligen durch effektivere und unbürokratischere Gestaltung der Förderbedingungen im Sinne einer Kultur der Anerkennung

- Einsatz auf Bundesebene für voll umfängliche Anrechnungsfreiheit der Aufwandsentschädigung auf ALG II

¹ <http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Newsletter/141010-Koalitionsvertrag.pdf>

Kontakt:

Fachstelle Kinderschutz
im Land Brandenburg
c/o Start gGmbH
Fontanestraße 71
16761 Hennigsdorf
E-Mail: info@start-ggmbh.de
www.fachstelle-kinderschutz.de